

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Samstag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Dezemberhälfte 330.— M. Einzelverkaufspr. 25.— M. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 75.— Mark, auswärtige 80.— Mark, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 M., für Reklamen 250.— M. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 296.

Dienstag, 19. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Lübecker Sozialdemokratie im Kampf.

Der Streit der Bürgerlichen. — Kommunistsches Doppelspiel. — Grundsteuer und Gewerbesteuer.

Dr. L. Lübeck, 19. Dezember.

Das war kein Heldenstück, Herr Roth! Zur jauchzenden Freude des Bürgertums den Bruderkampf zu entfesseln! Jetzt, in der gegenwärtigen Situation!

Die bürgerlichen Fraktionen haben eine gemeinsame Streiffraktion gebildet, um den Willen der Arbeitermehrheit auf dem Rathaus zu brechen. (Auch gestern waren die bürgerlichen Bläse bis auf den letzten Pfah — leer.)

Soll dieser Streif überhaupt irgendetwas Sinn haben, so doch nur durch die bürgerliche Hoffnung auf einen bald eintretenden Zwiespalt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die parlamentarische Lage verlangt demnach unter allen Umständen die Vermeidung dieses Zwiespalkes, um den bürgerlichen Streif in dem düsteren Saal seines eigenen Unsinn zu erlösen zu lassen.

Eine Art Burgfriede zwischen den beiden Linksparteien wäre demnach für gestern das Gebot der Stunde gewesen. Ohne jedes Grundgesetz für die eine oder andere Partei war das möglich!

Die Sozialdemokratie hatte in der vorigen Bürgerschaftsitzung durch die Tat bewiesen, daß sie im Interesse ihres Kampfes gegen rechts zu weitgehenden Opfern nach links bereit ist. Und sie hatte in der Antwort auf eine kommunistische Anfrage (wir werden beide Schreiben morgen veröffentlichen) der kommunistischen Fraktion zu verstehen gegeben, daß sie auch weiterhin zu Zugeständnissen bereit sei! Unter der Bedingung allerdings, daß die Kommunisten Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit durch die Tat beweisen würden.

Schmächtig haben dabei die Kommunisten verjagt. Was ihr Sprecher vorbrachte, das konnte alles in interfraktionellen Besprechungen verhandelt werden. Vor die Öffentlichkeit aber gehörte das nicht. Und wir sind überzeugt davon, daß heute die Denkschriften unter den sechs Kommunisten einsehen, welche riesengroße Dummheit sie gemischt, welchen Bärendienst sie der Sache des arbeitenden Volkes geleistet haben.

Man überlege doch! Offenbar dachte die kommunistische Fraktion gar nicht daran, die Bürgerschaft zu sprengen, und ihre Beschlussfähigkeit herbeizuführen. Was sollte also der Vorstoß, die Drohung?

Ihre einzigen Erfolge waren: Verpestung der Luft, die zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion weht; und ein ungeheures Lustgefühl bei den gesamten reaktionären Murrekieren, die dem Schauspiel von nah oder fern zuschauten.

Jede Fraktion muß Erfahrungen sammeln; auch Lehrgeld muß jede Fraktion zahlen. Zum ersten Male seit ihrem Bestehen sieht sich die kommunistische Bürgerschaftsfraktion vor die Zwangslage gestellt, entweder Seite an Seite mit der Sozialdemokratie praktische Politik zu treiben, oder mit Pauken und Krach in das Lager der Bürgerlichen zu marschieren.

Und wozu entschlossen sich die Kommunisten? Zu nichts! Sie machten Krachel wie die Juden vor Jericho; sie drohten mit dem Abmarsch ins bürgerliche Lager; aber sie blieben schließlich doch da.

Meine Herren Kommunisten! Das ist Kasperletheater, das ist Kummelplahmusik, das ist Augenpfeffer für die Tribünen, das ist alles möglich: nur Politik ist es nicht!

Die Folge ist das alles des gedankenlosen und wüsten Hejzgefahls gegen die Sozialdemokratie, der Berranntheit in dümmste und vernunftlose Agitationsphrasen. Wie die französischen Chauvinisten haben sich die deutschen Kommunisten in dem eigenen Netz ihrer anderthalb Duzend Schlagwörter so verstrickt, daß sie nicht mehr ein noch aus wissen. Die Arbeitererschaft aber muß für diesen unmöglichen Zustand büßen. So in Sachsen, so in Thüringen, so in Braunschweig! Und jetzt auch in Lübeck!

Deshalb Proletarier, endlich die Augen aufgemacht!

Der Hieb mit dem kommunistischen Knüttel war doppelt kräftig. Hatte doch gleich zu Anfang der Sitzung die sozialdemokratische Fraktion einen Beweis ihrer Entschlossenheit

und ihres festen Willens gegeben, den Konflikt mit dem Senat und mit den bürgerlichen Parteien konsequent auszuweichen. Sie hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wonach der Lübecker Volksbote die amtlichen Anzeigen zu bekommen hat. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen; er geht direkt an den Senat. Damit ist der Bürgerauschuß, der durch die bürgerliche Sabotage nicht beschlußfähig ist, umgangen. Und der erste stolze Pfeiler des bürgerlichen Obstruktionsgebäudes liegt im Wasser! Nun hat der Senat das Wort!

Zwei wichtige Vorlagen standen auf der Tagesordnung! Die Erhöhung der Grundsteuer und die Erhöhung der Gewerbesteuer.

Erhöhung der Grundsteuer bedeutet Erhöhung der Mieten. Nicht leicht ist es der sozialdemokratischen Fraktion geworden, dem ihre Zustimmung zu geben.

Aber die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt sind allmählich unhaltbar geworden. Klar muß man sich über eins sein: Die Wohnungszwangswirtschaft mit ihren billigen Mieten ist nur dann auch weiterhin möglich, wenn trotzdem neue Häuser gebaut werden, und wenn die alten repariert werden können. Sonst kommen wir allmählich in eine fürchterliche Wohnungstatastrophe.

Die Frage lautet deshalb kurz und bündig so: Sollen die Mieten in den nächsten Monaten auf das 40fache des Friedenspreises steigen, oder soll die Zwangswirtschaft auch auf dem Wohnungsmarkt zusammenbrechen, und die Mieten dann auf das 2000fache hochgetrieben werden?

Gibt es da überhaupt eine Heberlegung? Wir werden die Zwangswirtschaft mit allen Mitteln verteidigen; müssen dann aber auch bereit sein, dafür Opfer zu bringen.

Doppelt nötig war die Bewilligung von Mitteln im gegenwärtigen Zeitpunkt, da es gilt, eine Reihe angefangener Bauten wenigstens zu Ende zu führen. Niemals kann der Staat halb fertige Bauten monatelang liegen lassen! Während die Bauarbeiter feiernd auf Erwerbslosenunterstützung warten. Das wäre eine schöne Wirtschaft geworden!

Zur Gewerbesteuer ist nicht mehr viel zu sagen. Es ist endlich, endlich an der Zeit, daß auch Handel und Industrie ihre Steuern so bezahlen, wie es der Geldwertverwertung entspricht. Und nicht heute noch nach ihren Einnahmen aus dem Jahre 1921 veranlagt werden. Und wenn dem Senat kein Mittel zur Erreichung dieses Zieles einfällt, trotzdem er 14 Mann hoch unendlich viel auf Lübecks Finanznot umherbrütet, so muß ihn die sozialdemokratische Fraktion eben an der Nase fassen und ihm einen Weg zeigen.

Mit rückwärtsloser Offenheit hat unser Sprecher die unglaublich unverschämte Heuchelei der Handelskammer und ihres Präses Boie, besonders aber auch des General-Anzeigers, gebrandmarkt. Wenn der Steuerjah für das Jahr 1921 20 Prozent beträgt; die Steuer aber erst im Jahre 1923 bezahlt wird und das Geld in der Zwischenzeit auf ein Zwanzigstel seines Wertes gesunken ist, so ist der Steuerjah doch in Wirklichkeit nur noch 1 Prozent. Jedes Kind begreift das!

Welch kurzes Begriffsvermögen doch die „führenden Geister“ des Bürgertums haben, wenn auch sie einmal etwas bezahlen sollen.

Alles in allem: Die Sozialdemokratie steht in einem schweren Kampf. Auf der rechten Seite eine geschlossene Angriffsfront im Streik. Dazu die plötzlich auftauchende kommunistische Rückendrohung. Die gestrige Bürgerschaftsitzung gab einen Vorgeschmack der kommenden Dinge.

Schien zunächst ein gewisses Gedränge zu entstehen, so führten doch die sozialdemokratischen Sprecher schrittweise den Umschwung herbei. In glänzender Abwehr wiesen sie alle Angriffe zurück und gingen bald wieder zum Angriff über, zum Angriff gegen rechts. Beim Schluß der langen Debatten stand die Sozialdemokratie aufrecht und siegesbewußt.

Sie weiß jetzt, daß sie allein steht im Kampf. Auch allein wird sie ihren Weg gehen; auch allein wird sie ihr Ziel erreichen.

Die Pläne Amerikas.

Französische Ablösung. — Die deutsche Auffassung.

Paris, 19. Dezember.

Die Nachrichten aus Washington über eine Absicht der Vereinigten Staaten, Europa zu Hilfe zu kommen, sehen im Vordergrund des französischen Interesses, das seit dem Eintreffen einer vertraulichen Mitteilung Hardings an Poincare, deren Inhalt noch nicht bekanntgegeben ist, geradezu brennend geworden ist. Zunächst gehen die Möglichkeiten nach dem Korrespondenten des „Polit Parisien“ auf die Zusammenberufung einer Wirtschaftskonferenz, zweitens auf eine Anleihe zur Stabilisierung der Mark und drittens auf Hebermittlung durch eine, noch zu gründende Kommission zur endgültigen Festlegung der Reparationen. Als wichtigstes Zwischenglied für die Verhandlungen zwischen Amerika und der Entente ist die Errichtung einer Vermittlungskommission geplant, in die Senator Clark Root, einer der bedeutendsten politischen Männer Amerikas, und Moran ernannt werden sollen. Der Korrespondent des „Polit Parisien“ verzeichnet noch die Tatsache, daß der amerikanische Generalkonsul in London, Robert S. Turner, früher Generalkonsul in Berlin, der als maßgebende Persönlichkeit für europäische Wirtschaftskontakte gilt, in Washington eingetroffen ist und vom Präsidenten Harding empfangen worden wird. Die vorherrschende Meinung in Washington sei die, daß sich die Regierung ausschließlich mit der Prüfung nicht nur eines, sondern mehrerer Pläne für ein Eingreifen beschäftigen.

Die maßgebende Pariser Presse verhält sich gegen die amerikanischen Vorschläge ablehnend. Teilweise läßt sie sogar eine Sabotage der französischen Regierung vorerblicken. Offenbar will Frankreich seine Kräfte gegen Deutschland nicht leichtfertig aus der Hand geben. Man muß deshalb auf allerlei unliebsame Hebermittlungen gefaßt sein.

Man sieht heute klar, in welcher Richtung Amerika vorzugehen bereit ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten scheint zwei Projekte in Vorbereitung zu haben, von denen das eine das andere keineswegs ausschließt. Es handelt sich um eine amtliche Dollaranleihe für die Vereinigten Staaten als solche die Garantie übernehmen, und um eine zweite Dollaranleihe, für die hochwertige Hypothekenscheine der deutschen Kommunen und der deutschen Industrie Sicherheit geben würden. Für die erste Anleihe würde sich die amerikanische Regierung die deutschen Einnahmequellen als Pfandobjekt ausleihen. Eine zweite Anleihe würde also Deutschland auch mit amerikanischer Hilfe keine Regelung der Reparationen und der Finanzen vornehmen können. Aber es ist doch ein Unterschied, ob man die verlangten Pfänder und Rechte einem wohlgeleiteten Geschäftler, der sich von seinen geschäftlichen Grundrissen leiten läßt, in die Hand gibt, oder ob sie in die Hände eines Vertrauensmannes gelangen, von dem man nicht weiß, ob er sie nicht mit dem besten Hintergedanken der Gedrückten seines Klienten verliert.

Man kann sagen, daß die amerikanischen Vorschläge, wenn sie in dieser Richtung verlaufen, in Deutschland auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stoßen werden, vorausgesetzt, daß nicht die Schmarinankriege nach ihrer bekannten Manier wieder fadenförmig in die Welt kommen. Eine andere Frage ist es allerdings, wie die Entente sich zu diesen Vorschlägen verhalten wird. Von England, Belgien und Italien weiß man, daß sie sich einer derartigen Regelung prinzipiell nicht widersetzen werden. Frankreich dagegen wird vor eine schwere Probe gestellt. Denn es ist klar, daß die amerikanischen Vorschläge in sich die Vorankündigung bergen, daß die Entente in dem Maße auf die sich aus den Reparationen ergebenden Anleihe verzichtet, wie sich Rechte aus der Höhe der amerikanischen Anleihe ergeben. Nicht mehr die Entente, sondern die Anleihegeber würden die ersten Hypothekenscheine Deutschlands sein, eine Bedingung, die auch bei dem bekannten Anleiheplan des Morgan-Komitees gestellt wurde und die vor noch nicht langer Zeit an dem türkischen Widerstand Frankreichs zerbrach.

Frankreich müßte ferner auf Grund des offiziellen amerikanischen Planes Garantien dafür geben, daß es in Zukunft auf die Politik der Gewalt und der Gewaltandrohungen, die die Anleihegeber jederzeit fürchten Schädigungen auslösen könnten, Verzicht leistet. Was die Vereinigten Staaten darüber hinaus in diesem Sinne von Frankreich verlangen, entspricht sich vollständig der öffentlichen Kenntnis. Die Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich sind in dieser Richtung in die Wege geleitet. Von ihrem Resultat wird es abhängen, ob die Aktion der Vereinigten Staaten ihren Fortgang nimmt oder ob sie im Sande verbleibt. Bemerkenswert ist, daß gewisse Vorkreisläufe in Amerika selbst dem Eintreffen der Washingtoner Regierung keineswegs günstig ausfallen. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich um Kreisläufe von ausschlaggebendem Einfluß handelt. Voraussichtlich wäre es jedenfalls verfrüht, sich einem ungetriebenen Optimismus hinzugeben.

Widerpruch im Senat.

Paris, 19. Dezember.

Aus Washington wird gemeldet: Senator Borah veröffentlicht eine Erklärung, in der er kategorisch feststellt, daß die Gruppe der sogenannten unerschlichenen Senatoren, deren Standpunkt er vertritt, jeder Intervention der amerikanischen Regierung zum Zwecke der Herbeiführung der Ordnung in der Reparationsfrage sich widersetzen würde, wenn die Alliierten nicht gleichzeitig ihre Haltung gegen Deutschland wesentlich änderten. Senator Borah sagt, die Alliierten müßten zunächst Ordnung in ihre eigenen Finanzen bringen, ehe man etwas unternehmen dürfe um Europa zu retten.

Die „Newport Times“ fügt hinzu, diese Erklärung des Senators Borah liefere einen neuen Beweis für die großen Schwierigkeiten, die die amerikanische Regierung finden würde, wenn sie ihren Wunsch nach einer Unterstützung Europas verwirklichen wolle.

Um die Meerengen.

Causanne, 19. Dezbr.

Gestern nachmittag ist die Meerengenkommission wieder zusammengetreten. Sie befaßte sich mit dem von den Russen überreichten Memorandum auf die Vorschläge der Verbündeten. Der russische Standpunkt hält zwar an der Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe fest, will aber leichteren Kriegsschiffen unter gewissen Umständen und besonderen Bedingungen die Durchfahrt gestatten.

Breistrückgang in Berlin.

Die Folgen des Dollarsturzes.

Berlin, 18. Dezember.

Der Engroszhandel in der Zentralmarkthalle fand heute schließlich unter dem Zeichen des sinkenden Dollarsturzes. Wenn die Preise auch noch nicht in dem Verhältnis fielen, das dem herabgehenden Dollar von 8000 auf unter 8000 entspricht, so trat die allgemeine Nervosität, die am Markt herrscht, doch dazu bei, daß die Preise sich um 10 bis 25 Prozent senkten.

Dollar 7200.

Die Sage in Polen.

Warschau, 19. Dezember.

Der Ministerpräsident Sikorski hat im Disziplinarverfahren mehrere Polizeibeamte, besonders den Warschauer Sicherheitsdirektor, ihres Amtes enthoben. In der Stadt herrscht infolge der energischen Haltung der neuen Regierung Ruhe. Die Leiche von Natutowicz wird drei Tage im königlichen Schloß aufgestellt. Die Blätter betonen die Schnelligkeit der Entscheidungen, durch die die Staatsmacht sofort wieder hergestellt wurde, indem die Hauptmacht populären und energischen Männern übertragen wurde.

Das Warschauer Komplott.

Warschau, 19. Dezbr.

Obwohl die gerichtliche Unterdrückung der Mordtat an Natutowicz unter Wahrung des strengsten Geheimnisses fortgeführt wird, erfährt man, daß die Spur zu holländischen Organisationen führt. Gestern Abend sind der Oberst Dobolski, der Hauptmann Malinowski und der Leutnant Siemowicki, sämtlich vom sogenannten holländischen Verband, verhaftet worden. Am Sonntag Abend wurde der Oberst im Generalstab, Dowojnowski, nach dem Militärgefängnis abgeführt. Zahlreiche weitere Verhaftungen von Offizieren sollen unmittelbar bevorstehen.

Die Grenzziehung in Oberschlesien.

Die Entscheidung der Grenzkommission.

Berlin, 18. Dezember.

Die Grenzfestlegungskommission für Oberschlesien hat ihre Entscheidung über die Grenzziehung im ober-schlesischen Industriegebiet gefällt. Bei Deutschland verbleiben:

Der Guts- und Gemeindebezirk Riborowitzer Hammer, die Gemeinde Schönwald, das gesamte Feld der Königin-Luise-Grube ohne Gildengrundstücke.

Der Nordzipfel der Gemarkung Ruda ohne Rudahammer, der gesamte Gemeindebezirk Rogberg und Kriegergraben. Dadurch, daß die Gemarkung Rogberg und Kriegergraben Deutschland zugesprochen worden sind, behält Deutschland auch den wichtigsten Teil des Hies-Scharlag-Feldes. Die Entscheidung über die Zugehörigkeit der Delbrück-Schänke ist von der Grenzfestlegungskommission ausgesetzt worden, bis die Vorkläuferarbeiten zu einem polnischen Antrag auf Eröffnung eines nicht-internationalen Sachverständigen Stellung genommen hat.

Die unzulänglichen Staatsarbeiterlöhne.

Die in der letzten Woche erfolgte Neuregelung der Dezemberbezüge der Beamten und Staatsarbeiter hat besonders bei den Arbeitern Unzufriedenheit hervorgerufen. Die Spitzenorganisationen der Arbeiter und Beamten, mit Ausnahme des Deutschen Beamtenbundes, haben sich mit der Situation beschäftigt und beschlossen, im Reichsfinanzministerium vorstellig zu werden, um in neuen Verhandlungen eine Verbesserung des Resultats der letzten Gehalts- und Lohnerhöhung zu erzielen. Der Besuch im Reichsfinanzministerium erfolgte am Montag. Da der Minister jedoch durch andere dringliche Amtsgeschäfte verhindert war, die Vertreter der Spitzenorganisationen zu empfangen, ist in den nächsten Tagen mit einer Unterredung zu rechnen.

Die Lausanner Konferenz.

L. London, 19. Dezember.

Die Orientkonferenz wird zu Weihnachten nicht auseinandergehen, sondern ihre Arbeiten zu Ende führen. Nur für wenige Tage tritt eine Pause ein. Lord Curzon hatte gestern eine private Unterredung mit Tschirchewin.

Demokratische Traditionen.

Das parlamentarische Organ der Deutschen Demokratischen Partei, „Der Demokrat“, veröffentlicht folgende Kundgebung:

„Im März 1923 führen wir zum 75. Male die Gedenktage der 48er Revolution. Aufgabe unserer Parteifreunde wird es sein, aus diesem Anlaß die Erinnerung an die große Zeit deutschen demokratischen Einheitsstrebens neu zu wecken und überall im Reich Zeugnis dafür abzulegen, daß der großdeutsche Traum des 48er Jahres, daß der Idealismus, der damals die Kämpfer für Einheit und Recht und Freiheit behalte, in der heutigen Deutschen Demokratischen Partei lebendig ist. Wir sind nicht, wie die Rechte es so gern darzustellen möchte, als Reaktionäre und Demokraten traditionslos; die Vorläufer des Jahres 1923 sind unsere geistigen Väter. Das werden im kommenden Jahre alljährlich unsere Parteigenossen durch ihre Kundgebungen bezeugen.“

Druckpapier ist gedruckt. So muß es auch die Verkörperung der freien Demokraten ertragen, daß die Kämpfer der 48er Revolution ihre geistigen Väter gesehen haben. Daß man von diesem Geiste bei den Demokraten zu Wilhelm II. Zeiten je etwas bemerkt hätte, das werden sie selber nicht behaupten wollen. Und heute? In Berlin stimmen sie gegen die Schließung monarchistischer Straßennamen, sie brechen nach nur kurzem einem Antrag auf Fortschritt gegen Gräber derselben 48er Revolutionäre ein Fall, an deren Gedächtnis sie an Kundgebungen teilnehmen.

Deutschnationale Freiheitspartei.

Die Deutschnationale Freiheitspartei ist geboren bei einer Zusammenkunft der Deutschnationalen Arbeitergemeinschaft im Reichstag am 2. und 3. Dezember. Mitglieder der neuen Partei sind die der Deutschnationalen Arbeitergruppe angehörenden Hrn. Grottel, Henning, Gracie-Goldbeck und Walle. Daneben waren Graf Henning, Redaktor der „Arbeitszeitung“, Oberst Grottel, Oberst Schöndorfer-München und Anton-Dierker. Es wurde beschlossen, mit anderen bereits bestehenden ähnlichen Parteien ein enges Kartellverhältnis einzugehen.

Die Gründung der Deutschnationalen Freiheitspartei mit einigen Erklärungen nach. Als unter dem Eindruck des Reichstags-Kongresses im Juli der bekannte Kampf in der Deutschnationalen Partei entstand, als sich die einflussreichen Kompromittierten Deutschnationalen Arbeiter Henning, Gracie-Goldbeck und Walle herausstellten, wies unheimlich aus den Deutschnationalen Kreisen nach Walle „Deutsches Überleben“ demnach, mußte man sich fragen, was man zu diesem Zweck tun sollte. Die Deutschnationalen Arbeiter haben die Pflicht, unter dem Namen „Deutschnationale Freiheitspartei“ eine eigene Partei zu gründen. Als Führer des Kampfes wurden Henning, Gracie-Goldbeck, Walle und der Direktor des Deutschen Überlebens, Gracie genannt. Auch Walle spielte bei der Gründung eine große Rolle. Demnach betonte er vor dem Reichstag:

Gebäudeunterhaltung, Steuern und Wohnungsrationierung.

SPD. Durch das Reichsmietengesetz ist die Frage der Gebäudeunterhaltung, der man leider nicht gleich nach dem Krieg die richtige Aufmerksamkeit schenkte, soweit sie Vermieter und Mieter betrifft, geregelt worden. Nach privatrechtlichen Grundsätzen hat jeder sein Eigentum selbst im Stande zu halten. Ebenso hat er auch seine Steuern zu bezahlen, so daß der Mieter fragen könnte, was gehen uns Unterhaltungskosten und Steuern an. Wenn der Hausbesitzer diese Lasten tragen sollte, müßte er eigentlich aber auch frei über die Wohnungen usw. verfügen können. Der Hausbesitzer ist aber nicht mehr frei. Er kann einen Mieter nicht beliebig herauswerfen, er kann auch die Miete nicht willkürlich festsetzen und es ist deshalb logisch, daß derjenige, der die Wohnung benutzt, auch für die Unterhaltung und Steuern aufkommt. Materiell hat sich damit gegenüber der Vorkriegszeit gar nichts geändert. Wenn auch im Mietvertrag früher nichts von Unterhaltungskosten und Steuern stand, so waren diese Beiträge doch in den Mietbetrag eingerechnet. Das Reichsmietengesetz bestimmt, daß im allgemeinen nicht mehr als die gelegliche Grundmiete verlangt werden darf. Das ist bei einem Haus im Werte von 100 000 Mark ein jährlicher Betrag von 5000 bis 6000 Mark. Zu dieser Grundmiete kommen dann Zuschläge für große und kleine Instandhaltungsarbeiten, Steuern und andere Abgaben sowie eine Entschädigung für die Tätigkeit des Hausbesitzers. Die Prozentsätze sind je nach den örtlichen Verhältnissen verschieden und bewegen sich in der Gesamtsomme etwa um den 6- bis 10fachen Betrag der Grundmiete. Der Hausbesitzer hat die Pflicht mit den ihm dafür zustehenden Mitteln das Gebäude zu unterhalten. Die Gemeinden können anordnen, daß die für Unterhaltung bezahlten Beträge bei öffentlichen Kassen deponiert werden, bis zum Zeitpunkt der Verwendung. Den Mietern steht ein Kontrollrecht über die Verwendung der Gelder zu. Es ist notwendig, daß diese Kontrolle ausgeübt wird. Eine Unterhaltung der Gebäude liegt nicht nur im Interesse der Besitzer und der Mieter, sondern auch im Interesse des gesamten Volkes, weil es sich dabei um große volkswirtschaftliche Werte handelt. Die Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung sind in den letzten Monaten so ungeheuerlich gestiegen, daß mit einer weiteren Erhöhung der Sätze gerechnet werden muß.

Sedenker schon das Mietengesetz mit seiner Mietfestsetzung und der Fälligkeit der Zuschläge einen starken aber notwendigen Eingriff in das Privateigentum, so noch mehr die Wohnungsrationierung. Die Rationierung trifft nicht nur den Hausbesitzer, sondern auch die Mieter von großen Wohnungen. Die Wohnungsämter und Kommissionen, die mit der Durchführung der Rationierung betraut werden, sind von allen Seiten den schärfsten Angriffen ausgesetzt. Jeder einzelne, der eine Wohnung will oder abgeben will, sieht auf seinem Fall. Jeder weiß dem Amt einen Rat zu geben, wie er zu seinem Ziel kommen könnte, welche Konsequenzen das für andere hat, danach fragt er nicht, und wer dann einen solcher einseitig geschätzten Fall in der Zeitung liest, schimpft weidlich mit über das Wohnungsamt. Die Wohnungsämter leiden auch unter der Unzulänglichkeit der Gesetze und Ver-

ordnungen. Die Unzulänglichkeit ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß man beim Erlass dieser Verordnungen vielfach nur mit einem kurzen Ausnahmezustand gerechnet hat. Leider läßt das neue Mieterschutzgesetz immer noch auf sich warten. Das rasche Steigen der Baukosten und die Schwierigkeit der Geldbeschaffung werden uns zwingen, die Rationierung noch schärfer als bisher durchzuführen. Die Arbeit der Kommissionen kann wesentlich erleichtert werden durch eine gut ausgestattete und schärfer durchgeführte Wohnungsluxussteuer. Solange wir die furchtbare Wohnungsnot haben, müßte jedes Zimmer, das ein Wohnungsinhaber mehr hat als Personen in der Familie, von der Steuer erfaßt werden.

Die Steuer müßte bei ganz großen Wohnungen steigen bis zum Betrage der Wohnabgabe und immer mit der Wohnabgabe steigen. Falsche Angaben über die Zahl der in der Wohnung untergebrachten Personen müßten mit schweren Geldstrafen, im Wiederholungsfall mit Gefängnis, bestraft werden. Schärfe Strafen sind notwendig, weil gewisse Leute alles aufbieten, um die Behörden hinter das Licht zu führen. Neben der Zimmerzahl müßte bei der Wohnungsluxussteuer auch die Gesamtwohnfläche in Betracht gezogen werden. Steuerzuschläge und Nachschlag von der Wohnabgabe dürften nur dann erfolgen, wenn sich die Leute im Wohnraum auf das notwendige beschränken. Daß solche Maßnahmen ihre Wirkung nicht verfehlen würden, zeigt sich schon jetzt beim Auswirken des Reichsmietengesetzes und der geringeren Wohnabgabe in dem Abwandern nach den kleineren Wohnungen und in der größeren Bereitwilligkeit, Untermieter aufzunehmen. Wenn die Abwanderung nach den kleinen Wohnungen nicht zum Schaden der weniger bemittelten Mieter ausschlagen soll, dann muß die Aufteilung und die damit verbundenen Umbauten der großen Wohnungen nachhaltig gefördert werden. Dazu gibt es verschiedene Wege. Der klarste und einfachste wird sein, daß man den Hausbesitzern, die aufsteilen wollen, Zuschüsse für den Umbau gibt. In manchen Fällen wird es sich auch erreichen lassen, daß dem Hausbesitzer für eine gewisse Zeit die Abgaben erlassen werden. Auch die Befreiung von den Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes wird für gewisse Fälle in Betracht kommen. Das Umquartieren einzelner Personen und kinderloser Ehepaare sollte durch teilweise Uebernahme der Umzugskosten und die Errichtung von Altersheimen gefördert werden. Auf dem Lande begegnet die Rationierung noch größeren Schwierigkeiten als in der Stadt. Jeder kennt dort die Verhältnisse des anderen und meint, daß zuerst bei einem andern eingegriffen werden soll. Bürgermeister und Gemeinderäte wollen sich nicht mit den Leuten verfeinden, was bei dem engen Zusammenleben auch begreiflich ist. Diesen Uebelständen könnte durch Bezirkskommissionen, die unabhängiger wären, abgeholfen werden. Gegen jede Entscheidung der Ortsbehörde müßte die Berufung an die Bezirkskommission zulässig sein. Wenn dann noch einige, die Tätigkeit in der Gemeinde hemmende Bestimmungen gefallen wären, so ließe sich mit der Rationierung noch manches erreichen. Manches — aber nicht wie uns von links her manchmal zugeufen wird, die Lösung der Wohnungsfrage. Eine endgültige Lösung kann nur durch Neubau erzielt werden und nur in jahrelanger Arbeit. — Vom Wohnungsbau soll das nächste Kapitel handeln.

Der deutsche Fall Dreyfus.

Ein Schluß über den Fehdenbach-Prozess.

In dem Augenblick, in dem die Welt als geschäftliches Ereignis eines nicht ganz geläuterten politischen Meufelmordes lebendiglich in die Geschichte eintritt, erzählt auf zwei Angeklagte, registriert, ist es möglich, daran zu erinnern, daß im Fehdenbach-Prozess drei Angeklagte wegen angeblicher landesverräterischer Preisgabe von Staatsgeheimnissen zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind.

Dieser Erinnerung dient die im Verlag für Sozialwissenschaftliche Arbeiten erschienene Schrift „Der Fall Fehdenbach“. Eine Darstellung nach der Art, die von dem Verteidiger Fehdenbach, Dr. Max Hirschberg, verfaßt ist. Sie gibt einerseits jeder nicht vollkommenen Einblick in die Einzelheiten jenes geradezu ungeheuerlichen Verfahrens — einen nicht vollkommenen deshalb, weil die vom Volksgesetz den Verhandlungsteilnehmern auferlegten Schweißgebote mit peinlicher Gewissenhaftigkeit befolgt werden. Die Schrift ist trotz ihrer erzwungenen Läden unentbehrlich für jeden, der über den Fall Fehdenbach ein eigenes Urteil gewinnen will. Durch Veröffentlichung des Artikels Dr. Lohmeyer aus dem „Vorwärts“ wird ihr Wert noch erhöht.

Indes hat das deutsche Volk ein Recht, über diesen Münchener Prozeß die ganze Wahrheit zu erfahren. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages, der einen Untersuchungsausschuss mit dem Studium der Akten beauftragt hat, wird zu entscheiden haben, ob das bisher gewährte Geheimnis wirklich einem Reichsinteresse dient, oder ob es dazu dient, einen Justizmord zu betreiben.

Die patriotischen Agrarier.

SPD. Schon kürzlich haben wir darauf hingewiesen, daß die agrarischen Agrarier die Amtsenthebung von zwei Landräten und nun auch der Beschimpfung der preussischen Regierung, sondern auch mit der Androhung des Lieferverfalls vorläufig beheimatet. Die „Königsberger Volkszeitung“ weiß darüber u. a. folgendes zu melden: „Die 9. Delegiertenversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins Königsberg beauftragte in der Angelegenheit der Amtsenthebung preussischer Landräte einen Hauptkomitee, sich mit dem Hauptvorsitzenden der übrigen Landwirtschaftlichen Zentralvereine der Provinz un-

terredungen. Die Unzulänglichkeit ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß man beim Erlass dieser Verordnungen vielfach nur mit einem kurzen Ausnahmezustand gerechnet hat. Leider läßt das neue Mieterschutzgesetz immer noch auf sich warten. Das rasche Steigen der Baukosten und die Schwierigkeit der Geldbeschaffung werden uns zwingen, die Rationierung noch schärfer als bisher durchzuführen. Die Arbeit der Kommissionen kann wesentlich erleichtert werden durch eine gut ausgestattete und schärfer durchgeführte Wohnungsluxussteuer. Solange wir die furchtbare Wohnungsnot haben, müßte jedes Zimmer, das ein Wohnungsinhaber mehr hat als Personen in der Familie, von der Steuer erfaßt werden.

Die Steuer müßte bei ganz großen Wohnungen steigen bis zum Betrage der Wohnabgabe und immer mit der Wohnabgabe steigen. Falsche Angaben über die Zahl der in der Wohnung untergebrachten Personen müßten mit schweren Geldstrafen, im Wiederholungsfall mit Gefängnis, bestraft werden. Schärfe Strafen sind notwendig, weil gewisse Leute alles aufbieten, um die Behörden hinter das Licht zu führen. Neben der Zimmerzahl müßte bei der Wohnungsluxussteuer auch die Gesamtwohnfläche in Betracht gezogen werden. Steuerzuschläge und Nachschlag von der Wohnabgabe dürften nur dann erfolgen, wenn sich die Leute im Wohnraum auf das notwendige beschränken. Daß solche Maßnahmen ihre Wirkung nicht verfehlen würden, zeigt sich schon jetzt beim Auswirken des Reichsmietengesetzes und der geringeren Wohnabgabe in dem Abwandern nach den kleineren Wohnungen und in der größeren Bereitwilligkeit, Untermieter aufzunehmen. Wenn die Abwanderung nach den kleinen Wohnungen nicht zum Schaden der weniger bemittelten Mieter ausschlagen soll, dann muß die Aufteilung und die damit verbundenen Umbauten der großen Wohnungen nachhaltig gefördert werden. Dazu gibt es verschiedene Wege. Der klarste und einfachste wird sein, daß man den Hausbesitzern, die aufsteilen wollen, Zuschüsse für den Umbau gibt. In manchen Fällen wird es sich auch erreichen lassen, daß dem Hausbesitzer für eine gewisse Zeit die Abgaben erlassen werden. Auch die Befreiung von den Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes wird für gewisse Fälle in Betracht kommen. Das Umquartieren einzelner Personen und kinderloser Ehepaare sollte durch teilweise Uebernahme der Umzugskosten und die Errichtung von Altersheimen gefördert werden. Auf dem Lande begegnet die Rationierung noch größeren Schwierigkeiten als in der Stadt. Jeder kennt dort die Verhältnisse des anderen und meint, daß zuerst bei einem andern eingegriffen werden soll. Bürgermeister und Gemeinderäte wollen sich nicht mit den Leuten verfeinden, was bei dem engen Zusammenleben auch begreiflich ist. Diesen Uebelständen könnte durch Bezirkskommissionen, die unabhängiger wären, abgeholfen werden. Gegen jede Entscheidung der Ortsbehörde müßte die Berufung an die Bezirkskommission zulässig sein. Wenn dann noch einige, die Tätigkeit in der Gemeinde hemmende Bestimmungen gefallen wären, so ließe sich mit der Rationierung noch manches erreichen. Manches — aber nicht wie uns von links her manchmal zugeufen wird, die Lösung der Wohnungsfrage. Eine endgültige Lösung kann nur durch Neubau erzielt werden und nur in jahrelanger Arbeit. — Vom Wohnungsbau soll das nächste Kapitel handeln.

züglich in Verbindung zu setzen und gemeinsam den Oberpräsidenten darauf hinzuwirken, daß, falls die beabsichtigte Amtsenthebung der seit langen Jahren mit größtem Erfolge in ihren kreisförmigen tätigen Landräte, die sich das vollste Vertrauen der Kreiseingeweihten erworben haben, durchgeführt werden sollte, die Getreideumlage von der ostpreussischen Landwirtschaft nicht erfüllt werden würde.“

Generalappell der bayerischen Faschisten.

München, 18. Dezember.

Am Sonntag veranstalteten die Nationalsozialisten in zwei Sälen eine Weihnachtsfeier, bei der Adolf Hitler die „Juli-Rede“ hielt. Die Sturmabteilung zog in militärischer Kolonne, etwa 900 Mann stark, durch die Stadt, wobei die kaiserliche Kriegsfahne vorangetragen wurde. Im Zuge war auch eine Gruppe der Arbeitsgemeinschaft Korbach unter Führung Heines. Vor dem Hofbräuhaus nahm Adolf Hitler unter Führung des Präsidentenmarisches die Parade seiner Getreuen ab. Der Zug bewegte sich innerhalb der Bannweile des Landtages. Angeführt von dem Landtagspräsidenten seine Erlaubnis dazu gegeben haben! Im Abend vorher hatte ein Generalappell aller bayerischen Sturmabteilungen stattgefunden, bei dem Adolf Hitler und der bekannte Flaggenschänder Klinitz sprachen. Hitler erklärte, den Kampf mit der Vereinigten Sozialdemokratie aufnehmen zu wollen. Unter großem Jubel und Rufen wie „Aufhängen!“ beschimpfte er den Abgeordneten Muer als „immuren Lumpen“, der das letzte Gewehr der Einheit demunziert habe. Hitler tritt jetzt sehr elegant auf, im Gehrock und Bügelfaste, ganz Nachahmung von Mussolini.

Anläßlich der vierten Gründungsfeier der Sturmabteilung Korbach in München verkündete der Baltimurer Oberleutnant Korbach, wie wir bereits mitteilten, daß man alsbald „aus dem allerjüngsten Teil Oberschlesiens ebenfalls ein kleines Bayern machen“ werde. In der Tat scheinen dunkle Elemente bereits jetzt eifrig in Oberschlesien an der Arbeit zu sein. Am Sonntag, dem 10. Dezember, wurde in Beuthen im großen Schützenhaus eine Ortsgruppe Beuthen der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ gegründet. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es sich hier um eine Rekonstruktion der von dem preussischen Minister aufgelösten „Nationalsozialistischen Partei“ handelt. Die organisatorischen Vorbereitungen zur Gründung der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ wurden von nicht anständigen Leuten vorgenommen. Vielleicht steht der preussische Minister des Innern in Oberschlesien neuerdings nach dem Rechten.

Kleine politische Nachrichten.

Der bisherige Staatssekretär und Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, von Daniel, geht als Vertreter des Reiches nach München. An seine Stelle tritt der jetzige Ministerialdirektor und Leiter der Stabsabteilung des Auswärtigen Amtes, Hr. v. Raika, dessen Ernennung zum Staatssekretär unmittelbar bevorsteht. Im Dezember 1906 ist er in das Auswärtige Amt eingetreten, war späterhin als Legationssekretär in Rio de Janeiro und Christiania, dann unter Akerlens-Wächter in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes tätig und von 1911 bis 1912 erster Sekretär der Botschaft in Petersburg. Von 1912 bis 1917 war der neue Staatssekretär Legationsrat in Peking, als solcher hat er bereits am 1. August 1914 die deutsche Regierung über die bevorstehende japanische Kriegserklärung in Kenntnis gesetzt. Nach dem Kriege hatte v. Raika in den Jahren 1919 bis 1921 als Vortragender Rat das Referat Rußland im Auswärtigen Amt inne, und seit zwei Jahren steht er an der Spitze der Stabsabteilung. Es ist bekannt, daß der Abschluß des Rapallo-Vertrages in Genue, der in den Operationen d. J. in großes Aufsehen erregte, in erster Linie das Werk v. Raikas war.

Internationaler Lohnvergleich.

Die Verhältnisse des deutschen Arbeiters.

Die fortgesetzte Teuerung hat natürlich auch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Folge gehabt. Jedermann weiß, daß die Löhne keinesfalls den Preisen voraneilen, sondern daß sie im Gegenteil hinter der Teuerung immer mehr zurückbleiben. Wie hoch auch der nominale Lohn erscheinen mag, sowie man den Versuch macht, diesen Lohn in Ware umzusetzen, kommt man zu der Feststellung, daß es sich bei den scheinbar hohen Löhnen in Wirklichkeit meist geradezu um Hungerlöhne handelt.

Wie kommt es nun, daß unsere Preise trotzdem den Weltmarktpreisen vielfach gleichkommen, ja sogar teilweise über den Weltmarktpreis liegen? Sind etwa die Löhne der Arbeiter in den hauptsächlichsten industriellen Ländern noch niedriger als die Löhne der deutschen Arbeiter, so daß die ausländischen Industriellen in der Lage sind, ihre Preise trotz des Marksturzes teilweise niedriger zu bemessen als die Preise gewisser deutscher Erzeugnisse?

Ueber diese Frage bekommt man einigen Aufschluß, wenn man die Löhne der deutschen Arbeiter vergleicht mit den Löhnen, die in anderen Ländern gezahlt werden. Einen solchen Vergleich hat der Direktor des Statistischen Bureaus im englischen Arbeitsministerium, John Hilton, angestellt und ihn im "Manchester Guardian Commercial" (deutsche Ausgabe: "Der Wiederaufbau in Europa") veröffentlicht. Es muß hier zunächst bemerkt werden, daß die Vergleiche, die dort gezogen wurden, durch den Marksturz der letzten Monate ganz erheblich überholt sind. Die Untersuchung bezieht sich auf die Löhne im April und Mai 1922. Da nun seitdem die Mark sich ungemein entwertet hat, würde ein Vergleich der Löhne im November ein noch weit stärkeres Mißverhältnis zugunsten der deutschen Arbeiter ergeben.

Die Untersuchung erstreckt sich auf eine gewisse Anzahl von Berufen: Maurer, Zimmerleute, Monteure, Schriftsetzer und ungelernete Arbeiter. Wir beschränken uns darauf, hier nur die Durchschnittszahlen anzuführen. In englische Währung umgerechnet, betrug der Durchschnitt des Lohnes für eine 48-Stunden-Woche in Deutschland 15,6 Schilling, in Belgien 41,9, in Frankreich 51,4, in England 82,3 und in den Vereinigten Staaten 195,4 Schilling. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter in Belgien und Frankreich etwa den dreifachen Lohn des Arbeiters in Deutschland erhielten, die Arbeiter in England den sechsfachen und die amerikanischen Arbeiter nahezu das Dreizehnfache des Lohnes des deutschen Arbeiters!

Nun kann man einwenden, daß diese Ziffern für die Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern nicht entscheidend seien, weil die innere Kaufkraft einer Währung nicht immer identisch mit der äußeren Kaufkraft ist. Das ist zweifellos richtig. Der Verfasser hat auch den Versuch gemacht, der Sache insofern auf den Grund zu gehen, als er eine gewisse Anzahl von Lebensmitteln in einer bestimmten Quantität nach den Inlandpreisen in den angeführten Ländern verglichen hat. Nur handelt es sich dabei freilich um Lebensmittel, die dem deutschen Arbeiter zum größten Teil unzugänglich geworden sind. Außer Brot und Weizenmehl hat der Verfasser noch einen Vergleich zu ziehen versucht bezüglich der Preise für Eier, frische Butter und frische Milch. Wenn diese Dinge in den angeführten Ländern noch zu den täglichen Konsumartikeln der Arbeiter gehören, so sind sie in Deutschland aus dem Haushalt des Arbeiters so gut wie verschwunden. In der Berechnung der Lebenshaltungskosten der Berliner werktätigen Massen wird man z. B. Butter und Eier vergebens suchen.

Um sich in den Besitz jener Lebensmittel zu setzen, müßte nun nach Hilton der amerikanische Arbeiter 2 1/2 Stunden arbeiten, der belgische 6 1/2, der französische 6 1/2, der englische 3 1/2 und der deutsche Arbeiter 7 1/2 Stunden.

Dieselbe Nummer des "Manchester Guardian Commercial" enthält eine weitere Untersuchung über die Reallohn im heutigen Europa, verglichen mit den Löhnen von 1914 von J. H. Richardson, Direktor der Untersuchungsstation des Internationalen Arbeitsamtes. Auch Richardson kommt zu ähnlichen Feststellungen wie Hilton. Wir führen hiervon nur einige Ziffern an, die sich auf die Staatsangestellten in verschiedenen Ländern beziehen. Diese Untersuchung gibt keinen Vergleich

zwischen der Höhe des Realeinkommens der Staatsangestellten der verschiedenen Länder untereinander, sondern zeigt nur auf, wie weit innerhalb jedes dieser Länder die Einkommen der Staatsangestellten, nach der Kaufkraft berechnet, gestiegen oder gesunken sind.

Die Untersuchung führt fünf Kategorien an, und zwar ist die erste Kategorie die der niedrigst bezahlten Staatsangestellten. Wir finden da überall dieselbe Umschichtung, d. h., daß die erste Kategorie seit 1914 die Kaufkraft ihrer Einkommen erhöhen konnte. Ausgenommen ist davon nur Deutschland. Seht man das Einkommen der Vorkriegszeit gleich 100, dann ergibt sich, daß das Einkommen der ersten Kategorie Ende 1921 oder Anfang 1922 in Norwegen 161, in England 121, in Frankreich 123 betrug, in Deutschland dagegen nur 86. In der fünften Kategorie, also bei den höchst bezahlten, betrug die Ziffer für Frankreich 36, für Norwegen 57, für England 66 und für Deutschland 31. Seitdem ist in Deutschland freilich ein Wechsel infolge eingetreten, als sich das Realeinkommen der niedrigst bezahlten Staatsangestellten genau so wie das der Arbeiter erheblich verschlechtert, während das Realeinkommen der Höchstbezahlten sich gesteigert hat. Das Niveau bleibt natürlich auch bei den Höchstbezahlten Deutschlands niedriger als bei jenen des Auslandes.

Die Schlussfolgerung, die sich aus diesen Zahlen ergibt, liegt auf der Hand. Wenn wir jetzt mit einer steigenden Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, wenn z. B. in der Holzindustrie eine ungeheure Arbeitslosigkeit herrscht, weil die Warenpreise ganz erheblich die Weltmarktpreise überschritten haben, obwohl die Löhne ganz außerordentlich unter den Weltmarktlöhnen liegen, wenn also nach der Verzerrung des Inlandmarktes auch der Auslandsmarkt sich zu schließen beginnt, so liegt das nicht an den angeblich hohen Löhnen. Solange wir es wagen werden, daß die verschiedenen Kartelle, Ringe und Syndikate ganz willkürlich die Preise diktiert, wird nicht nur die Beseitigung der Arbeiter steigen, sondern auch die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit verzenden.

Das Bild wird aber erst vollständig, wenn wir uns daran erinnern, daß Herr Stinnes und mit ihm ein großer Teil der bürgerlichen Presse die Forderung aufstellt, die deutschen Arbeiter müßten noch zwei Stunden länger arbeiten und zwar — umsonst!

Völkische Grenz-Wacht.

Nachklänge zum Harden-Prozess.

Den Völkischen ist ein Stein von ihrem schuldbewußten Herzen gefallen, seit die Geschworenen von Moabit die Grenz und Weichardt nur wegen „Beihilfe zur Körperverletzung“ verurteilt haben, nicht aber trotz klarer Beweise und eigenen Eingeständnisses wegen versuchten Mordes. Und so werden die deutschen Helden wieder munter. In der „Pommerschen Tagespost“, dem offiziellen Organ der Deutschnationalen, liest man ein Remond diese dreiste Verhöhnung der Gesetze zum Schutz der Republik:

Aber nun dieses Urteil gefällt ist, wollen wir uns noch einer anderen Beobachtung entlassen, die wir schon im Sommer brandmarkten. Wir erinnern uns denn doch noch zu gut der beiden Maueranschläge, die z. B. in Stettin am Bahnhof nebeneinander prangten. In dem einen war damals, bei einem Dollarkauf von 500, eine Belohnung ausgesetzt von 500 000 Mk. für die Ermittlung der Leute, die den Juden Harden gerichtsnotorisch mißhandelt hatten. Daneben aber war eine Belohnung von damals 30 000 Mk. ausgesetzt für Ermittlung von Mördern an einem deutschen Staatsbürger. Damals war das „Schutzgesetz der Republik“ in Kraft getreten, damals hat es sich den Beinamen das „Schutzgesetz der Juden“ erworben.

Dieser Herzenserguß ist das typische Beispiel der verlogenen völkischen Agitation. Der Mordfall auf Harden war ein Glied in der Kette völkischer Mordtaten. Und wenn Harden nicht getötet wurde, so lag das ebensowenig an den Wünschen der „Herren aus München“, wie der Umstand, daß Scheidemann dem Blausäureattentat nicht erlag. Daß die Geschworenen von Moabit es über sich gewinnen konnten, einen so klar liegenden Mordversuch, wie den der Grenz-Weichardt, in eine „Körperverletzung“ umzubiegen, gibt dem deutschnationalen Blatte Pommerns Anlaß, von „gerichts-

notorischer Mißhandlung“ zu sprechen. Das ist eine Zweckfrage, wie sie im Buche steht. Sie wird auch nur angewandt, um auf diese Weise die Judenhetze betreiben zu können, die den äußerlichen Anstoß zu neuen Attentaten gibt, die dann heuchlerisch von den deutschnationalen-bölkischen Reichshöfen abgeschüttelt werden.

Nach dem rheinischen Der ostpreussische Vaterländismus.

Die Amtsenthebung von zwei schmerckelasteten deutschnationalen Landräten in den Kreisen Gerdaun und Stuhm durch das preussische Staatsministerium benutzt die deutschnationalen Presse Ostpreußens zu einer üblen Hebe gegen die preussische Regierung, teilweise sogar zur Propaganda des Rufes „Los von Preußen!“ — „Los vom Reich!“ So schreibt z. B. das in Preussisch-Holland erscheinende „Oberländer Volksblatt“ unter der Überschrift „Die Autonomie Ostpreußens“ u. a. folgendes:

„Es ist eine gebietartige Forderung der Zeit geworden, Ostpreußen entweder als Kolonie oder als Bundesstaat selbstständig zu gestalten und eine Volksabstimmung für oder wider entscheiden zu lassen. Daß Ostpreußen von Berliner Zentralstellen über polnisches Gebiet hinweg loszulassen dringlich regiert wird, erscheint je länger, je mehr unzulässig. Ostpreußen wird im Fall der Not auf sich allein gestellt sein. Darum gebietet es sich, daß es allein zu stehen lerne, ganz abgesehen von der Mißachtung demokratischer Prinzipien, die nirgendwo so ekklatant hervortreten, als gerade in Ostpreußen bei der Regierung von Berlin aus.“

Diese Aufforderung zum Hochverrat begeht ein deutschnationales Blatt, das genau wissen muß, wie Polen darauf lauernd, ein selbständiges Ostpreußen in der kürzesten Frist zu überschütten und wie dadurch die polnisch-französische Politik nach völliger Ausschmürung Ostpreußens von der deutschen Republik gefördert wird. Neuerdings stellt sich zu diesem Verrat am Vaterlande noch die Aufforderung maßgebender deutschnationaler Agitatoren zum Streiktreib. Hier wird also der beste Beweis erbracht, daß die Vaterlandsiebe derjenigen, die sich sonst rühmen, das Nationalbewußtsein allein zu besitzen, nur bis zum Geldbeutel oder bis dahin reicht, wo ihre anderen Interessen nicht gefährdet erscheinen. — Die Vaterlandsiebe der Deutschnationalen aber ist nur Egoismus. Handelt die Regierung nicht in ihrem Interesse, so preigen sie auf Deutschland.

Abgelehnte Welfenwünsche.

Vorläufig keine Abstimmung in Hannover.

Der Antrag der Deutsch-Hannoverschen Partei auf Zulassung einer Vorabstimmung in den preussischen Regierungsbezirken Stade und Lüneburg, ob diese Regierungsbezirke aus Preußen auscheiden, um im Zusammenschluß mit benachbarten wirtschaftlich und kulturell zusammenhängenden Gebieten ein Land zu bilden, wurde vom Reichsminister des Innern zurückgewiesen. Die Abweisung mußte auf Grund der gesetzlichen Vorschriften erfolgen, weil in der zur Abstimmung zu stellenden Frage die Grenzen des neu zu bildenden Landes nicht bezeichnet und überdies 5000 eigenhändig abgegebene Unterschriften nicht beigebracht waren.

Devisen-Kurse.

Berlin, 19. Dezember.		18. Dezember. 18. Dezember.	
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.			
		18. Dezember.	18. Dezember.
Amsterdam	1 fl.	2448,86	2588,68
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	428,98	448,88
Kristiania	1 Kr.	1162,08	1206,97
Kopenhagen	1 Kr.	1271,81	1326,87
Stockholm	1 Kr.	1635,90	1710,71
Helsingfors	1 Finn. Mk.	158,11	159,60
Rom	1 Lire	309,20	322,69
London	1 £	28428,75	29428,26
New York	1 Doll.	6034,75	6334,12
Paris	1 Frs.	486,38	486,28
Zürich	1 Frs.	1187,10	1216,95
Madrid	1 Pesetas	3007,46	1009,47
Wien	100 Kr.	8,87	9,17
Prag	1 Kr.	172,56	189,52
Budapest	100 Kr.	2,59	2,74

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Gabel.

45. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Tine nickte und seufzte. Sie hatte gerade seine Blick durch das Fenster in den engen, schmutzigen Hof geworfen und ihn in Gedanken verglichen mit dem Hofplatz von Spätlinghof.

„Dumm war ich, dumm und bösig, daß ich von Hause fortging,“ fuhr Tine fort. „Jetzt schalt sie sich selber. Aber konnte ich meine Schwester allein lassen, so ein dummes Götter von sechs- undzwanzig Jahren?“

Tine kniete in sich zusammen. Sie kam sich entschuldigend jung und dumm vor.

Diese Peterfen sprach weiter mit ihrer starken Stimme. „Denken Sie, ich bin zu meinem Blücher mitgegangen nach Hamburg? Na, ich sage Ihnen, ich habe arbeiten müssen, arbeiten von früh bis spät. Die heutige Welt weiß ja gar nicht, was arbeiten heißt.“

„Da haben Sie recht,“ sagte Tine um etwas zu sagen.

„Ach was, recht! Wäre ich zu Hause geblieben! Nachher lernte Miede das Nähen, und da mieteten wir uns diese Wohnung, und es ging alles gut; wir hatten keine Kundschaft und sparten uns ein schönes Geld. Miede nähte sein und ich grob; aber was ich nähte hielt am längsten. Da mußte das dumme Götter den Steuerhreiber kennen lernen. Ich frage Sie, ist es recht, wenn ein Mädchen von vierundzwanzig Jahren noch heiratet?“

„Nein,“ stotterte Tine.

„Das Schlimmste aber ist, daß Sie sich dann noch Kinder anheften. Ist das nicht ein Blödsinn?“

„Ja,“ stammelte Tine schuldbehaftet.

„Die armen kleinen Dinger,“ seufzte Tine. „Na, wenn ich nicht wäre!“

Eine lange Pause des Schweigens folgte. Im Ofen summte der Kessel; er schien eine eigene besondere Melodie zu haben. Es klang heimlich und traut.

„Wo sind Sie denn eigentlich her?“ polterte Tine nach einer Weile heraus.

„Aus der Mark,“ sagte Tine.

„Aber ich. Das heißt, ich habe einen Bruder dort wohnen. Dithmarscher heißt es aber.“

„Das ist nicht die richtige Mark,“ sagte Tine.

„Dann ist es die verkoberte,“ entgegnete Tine. „Es gibt ja keine Verkoberte in der Welt. Mein Bruder war Urmacher.“

aber seine eigene Uhr ging immer falsch. Er hatte ein gutes Herz, aber er nahm sich eine Frau, die nichts taugte. Ist das richtig oder verkehrt?“

„Verkehrt,“ murmelte Tine.

„Er war ein Stadtmensch von innen und außen. Sein Kopf war gerade wie eine Uhr, und was er sagte, hatte Sinn und Bestand. Er sprach Hochdeutsch und Französisch dazwischen und konnte mit den vornehmsten Leuten reden, ohne zu verblöden. Anstatt sich nun sein Brot in der Stadt zu suchen, ist er aufs Land gezogen unter die Bauern. Da hat er sich in einem Dithmarscher Bauerndorfe ein kleines Haus gekauft. Von vorne hatte es die Aussicht auf die Straße, auf die Kinder, die im Rinnelein spielten, und auf den Schusterladen gegenüber, vor dem ein paar riesengroße Stiefel herabhingen. Von hinten aber sah es hinaus nach dem Garten, und hinter dem Garten war eine kleine Koppel, wo die Ziegen aragte, und dahinter war ein See, der hieß der Mühlentoch. Ja, das war wohl schön, aber denken Sie, daß ich mehr als einmal bei ihm gewesen bin?“

„Nein“, beteuerte Tine ernsthaft.

Tine seufzte. „Ja, wenn der Frau nicht, die konnte ich nun einmal nicht verheulen. Die pugte sich am helllichten Tage mit Schleißen und Krinnschram und war mehr auf der Straße als sonstwo. Schreiben tun wir uns auch nicht, und so hören wir nichts von einander. Sie haben wohl auch nie etwas gehört von Uhrmacher Peterfen in Hellingstedt?“

„Nein, niemals“, entgegnete Tine mit heimlichem Bedauern. „Doch, ich mir schon, aber wenn Sie vom Lande sind, was wollen Sie denn hier in der Stadt? Bllihen Ihnen da draußen die Blumen nicht schon genug, oder singen die Vögel zu laut?“

„Nein“, sagte Tine mit Tränen in den Augen.

„Deern, Deern, was bist du dumm, daß du von Hause fortgegangen bist!“

Erkannt blühte Tine auf. Wie kam die Alte dazu, sie so zu schelten, als wäre sie ein unartiges Kind. Da sah sie, wie die hellen Tränen dem alten Gräulein über die runzeligen Wangen rannen, und da begriff sie, daß hinter der groben Schale ein warmes, liebevolles Herz wohnte, das sich in der großen Stadt unglücklich und unbedrückt fühlte, das sich in Sehnsucht nach der Heimat verzehrte.

Der Teetisch im Ofen sang nicht mehr. Das Wasser sang an zu prullen und zu plischen, es hob den Deckel hoch, daß er zitterte. Tine Peterfen goß den Tee auf und stellte das einfache Abendbrot auf den Tisch. Dies bestand aus Schwarzbrot, Raudruden und Butter.

Nun saßen die beiden Frauen zum erstenmal zusammen und tranken dünnen Tee mit Milch und Zucker.

Als Tine, nachdem sie ein Rundstück gegessen hatte, ihren Teller zurückgab, erhob Tine einproh. „Wenn Sie nicht essen wollen, können Sie sich man gleich begreifen lassen“, sagte sie, „oder sind Sie an etwas Besseres gewöhnt?“

Da griff Tine herzlich nach einer Schmitte Schwarzbrot und sie schmeckt ihr.

Tine schenkte noch einmal die Tasse voll, und dabei sah sie auf die blaue, dunkelbraune Teefanne und überlegte, was wohl brauner und blander wäre, ihre Kanne oder Tines Augen.

Tine fand sich, trotz ihrer schwerfälligen Naturanlage, merkwürdig reich in die Farben und Wunderlichkeiten ihrer Welt. Sie hatten trotz ihres so verschiedenen Äußeren vieles gemeinsam. Sie besaßen beide ein weiches, warmes Herz, das sie nicht zu zeigen wagten, sie fühlten beide das Heimweh nach dem Lande, nach der stillen, freien Natur.

Gerade das Wunderliche und Sonderbare in Tine Peterfens Wesen zog Tine unermüdet an. Eine feine gebildete Frau, und wäre sie noch so lebenswürdig und freundlich gewesen, würde Tine niemals näher getreten sein. Tine Peterfen, die rüchlichste, lafe und doch gutmütigste alte Junafer, wurde mit Tine fertig. Sie befaht, und Tine gehorchte. Sie schalt, und Tine lächelte dazu. Sie erzählte, und Tine hörte zu.

Solch eine stille, aufmerksame Zuhörerin, die auch nicht durch das leiseste Juden ihrer Mundwinkel verriet, daß sie Tine Peterfen nicht einmal ernst nahm, hatte ihr schon lange gefehlt. Ihr gegenüber konnte Tine ihrem Herzen Luft machen, konnte schelten über die schlechte Welt, über die großen Städte und die hohen Häuser; Tine nickte zu allem verständnisvoll.

Morgens half sie bei den häuslichen Arbeiten so gut es ging, nachmittags sah sie mit ihrem Stricktrumpf Tieren gegenüber. Sie sah jetzt fest und sicher auf ihrem Stuhl und hatte sogar ein Kissen hinter dem Rücken.

„Ist das Rinderzeug alles in Ordnung?“ fragte Tine eines Tages.

„Ja“, erwiderte Tine, „ich habe es noch vom letzten Male her.“

„Haben Sie denn noch eins?“ In Tines Augen standen lauter Fragezeichen.

„Es ist tot“, sagte Tine leise.

„Ach ja! Und dann betrübt sich ja'n Kerl von Mann noch und kauft davon und läßt sein armes Weib im Stich. Das ist eine Schleichheit sondergleich. Aber ich habe es immer gelagt: Die Schlechtigkeit der Männer hat die Oberhand in der Welt.“

Fortsetzung folgt.

Preiswerte Weihnachtsgeschenke Strümpfe

Trikotagen
Herr.-Unterjacke
 Ia. wollgemischt 1900.-
Herren-Hemd
 Ia. wollgemischt 2100.-
Herr.-Unterhose
 Ia. wollgemischt 2100.-
Damen-Schlüpfer
 Ia. Baumwolle 1600.- 1275.- 795.-
Damen-Schlüpfer
 prima gefüttert 2400.-

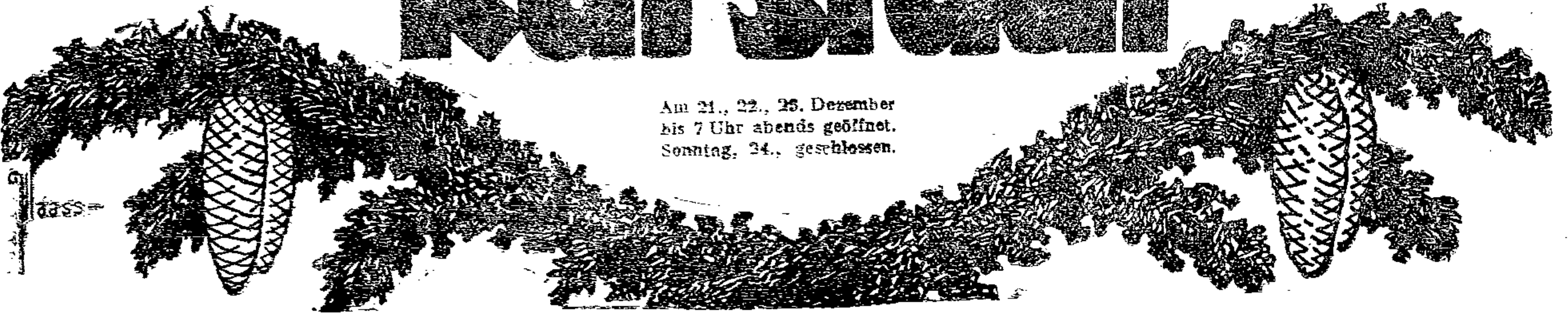
Herren-Socken
 wollgemischt, 2x2 gestrickt 250.-
Damen-Strümpfe
 feine Baumw., Ferse u. Spitze verst. 325.-
Damen-Strümpfe
 Doppelsohle und Hochferse 595.-
Damen-Strümpfe
 Ia. Baumwolle mit Seidengriff 895.-
Damen-Handschuhe
 Ia. Trikot, mit Futter 795.-

Damen-Strümpfe
 Ia. Flor mit Zwickel 1250.-
Damen-Strümpfe
 mit Rep.-Fehlern, Ia. Baumwolle 195.-
Damen-Strümpfe
 Ia. Flor, mit Rep.-Fehlern 495.-
Damen-Strümpfe
 Ia. Kunstseide, mit Rep.-Fehlern.. 795.-
Damen-Handschuhe
 Ia. reine Wolle, gestrickt 695.-

Wollwaren
D.-Sportgarnitur
 Jacke, Schal, Mütze, Ia. Zefir 9750.-
Dam.-Sportjacke
 Ia. reine Wolle 8500.-
Blusenschoner
 Ia. reine Wolle 2900.-
Damen-Jumper
 feinstes Kammgarn 5900.-
Sport-Schals
 reine Wolle 975.-

Karstadt

Am 21., 22., 23. Dezember
 bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Sonntag, 24., geschlossen.



Erjahr. Alleinmädchen
 zum 1. Jan. oder sofort
 gesucht von 2 Damen.
 Direktorin Schickedanz,
 10867 Barf. 28, I.

**Gutes Grammophon ge-
 sucht.**
 Slag. u. A. 119a. Exp. 10866

**Einzig zu ver- u. zu
 neuer Klappstovwagen
 mit Leder. 10891
 Dr. Bogelana 18a, I.**

**Kindersäckchen, s. vert.
 10882) Hoffstr. 60, I.**

**2 gl. u. Betr. zu verm.
 10898) Trappelmannk. 49a.**

**3. et. halbi. Etief. Gr. 28.
 gerh. Turonm. u. Schlitt.
 10878) Mengstr. 19 II.**

Vorschub- und Spar- Vereins-Bank in Lübeck.

Die Generalversammlung der Aktionäre vom
 15. Dezember d. J. hat beschlossen, das Aktien-
 kapital von 6.000.000 Mark auf 10.000.000 Mark
 durch Ausgabe von:

**St. 10.000 neuen auf den Inhaber
 laufenden Aktien Lit. C zu je nom.
 Mk. 1000.—**

Die vom 1. Januar 1920 ab bestehenden Aktien
 sind unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugs-
 rechtes der Aktionäre zu erheben.
 Die auszugebenden:

Mk. 10.000.000 neuen Aktien
 sind von einem Konjunktions- und der Spar- und
 Scheckbank, von denen 10 Millionen
Mk. 6.000.000.—

Den alten Aktionären zum Kurse von 175 % zu
 schuldig. Schlüsselkämpel und (einiger) Segel-
 rechtlicher Beratung anzuwenden, das nur in eine oder
 die neue bezogen werden kann.

Da nachdem die durchgeführte Kapitalerhöhung
 auf das Fundament der eingetragenen Akt. werden
 mit unter Ausschluss der Segelrechte unter
 nachstehenden Bedingungen auszuführen:

1. Die Bestellung des Bezugsrechtes muß
 bei der Bestellung des Schlüsselkämpels bis zum
 15. Dezember 1922 an unsere Bank er-
 folgen.

2. Die Ausübung des Bezugsrechtes und die
 Aktien Aktien ohne Einredenrechte mit
 Vorkaufrecht einzuziehen.

3. Die Vollziehung hat bis 30. Dezember 1922
 zu erfolgen.

4. Wir sind bereit, den Akt. und Bezugs von
 Segelrechten zu vermitteln.
 Lübeck, im Dezember 1922.

Vorschub- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Der Vorstand.
 G. Lüthgens. 10894

Terzettant als Koch (Eise-Druckerei) wünsch.
 Belgierin u. Berufspoliz. (h. d.
 10891) Ia. Erntest. 280 St.
 v. Jhr. Erste und Gew. billiger. (10891)
 2. Haas Westendling, Engelstr. 44. Tel. 884

Konsumverein
 für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.
 Abgabestelle für Manufakturwaren
 Königstraße 111. (10902)
Nur diese Woche!
Sonderverkauf
 in
 sehr preiswerten Filzschuhen
 und Filzpantoffeln
 mit Leder- und Filzsohlen.
 Abgabe nur an Mitglieder.
 Ausweis mitbringen.

Ankerlin
 Bester Schutzputz
 für den schönsten
 Glanz. Färbt nicht ab
 verhält das Leder
 10869)

Für Weihnachten!!
 Starke Schick u. Arbeitsstiefel, Sport-
 stiefel, Damen-, Herren-, Kinderstiefel,
 Leder-gamaschen, 1 Paar warme Leder-
 und Filzschuhe, warme Pantoffeln usw.
 1 Paar Herren-Konjunktions: Anzüge,
 Hüte, Joppen, Samminästel.
 1 Paar elegante Damen-Konjunktions:
 Kostüme, Mäntel, etc. etc.
Ehlers & Reetwisch,
 Holtenauer 1. (10899) St. Petri 2 u. 4.
 Kinderhöfe - Haken - Betten usw.
 Unsere reellen Qualitäten sind bekannt.

Visitenkarten
 werden in modernster Ausführung angefertigt bei
Fr. Meyer & Co., Johannisstr. 45.

Fischbänkestraße 14 Lübecker Weinhaus
OTTO VOIGT
 Weine + Liköre + Spirituosen

Öffnen am Mittwoch,
 dem 20. Dez. im Hause
Emilienstr. 10
 eine
Roßschlachtereie.
 Am gültigen Zuspruch
 bitten (10883)
O. Möller & Co.

**Schwarz-rot-goldene
 Schleifen und
 Fahrradfahren**
 Buchhandlung
Lübecker Volkshote.

**Sozialdemokr. Verein
 Lübeck.**
 (10898)
5a Distrikt.
 Mittwoch, den 20. Dez.
 abends 7 1/2 Uhr
 im „Weißen Engel“
Berammlung
 der tüchtigen Genossen.
 Erscheinen Pflicht.
 Der Distriktsführer.
 P. Bahns.

**Verband der
 Gemeinde- und
 Staatsarbeiter.**
 Filiale Lübeck.
**Betriebsräte
 u. Funktionäre**
 Mittwoch, d. 20. Dezbr.
 abends 7 1/2 Uhr (10895)
 bei Lender, Hundstr.
 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
 Transportarbeiter-
 Verband.** (10890)
 Ortsverwaltung Lübeck.
 Die Auszahlung der
 Unterstützung für die im
 Streit gewesenen Hafen-
 arbeiter findet am Mitt-
 woch, d. 20. d. M., nach-
 mittags von 5-7 Uhr
 nur gegen Vorzeigung
 des Mitgliedsbuches im
 Gewerkschaftshaus statt.

Neu-Eröffnung.
 Dienstag, den 19. Dezbr. 1922:
 Filiale
Falkenstraße 22.
 Filiale
Marlesgrube 18.
Südböcker Margarine-Zentrale.
 (10886) **A. Dreessen.**

Luisenlust. Morgen **Tanzkränzchen.**
 Damen Eintritt frei. (10864)

Kolosscum
 Morgen Mittwoch
Grosser Ball
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
 (10868) **Joh. u. R. Mittag.**

**Verband der
 Fabrikarbeiter
 Deutschlands.**
 Ortsverwaltung Lübeck.
**Mitglieder-
 Versammlung**
 am Dienstag, 19. Dez.
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.
 Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mit-
 glieder.
 2. Bericht vom Orts-
 anschuß.
 3. Sonstige Verbandsan-
 gelegenheiten. (10892)
 Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
 Heute Dienstag 7 1/2 Uhr:
 Zum 10. Male!
Familie Raffke.
 Mittwoch u. Donnerstag
 7 1/2 Uhr: (10875)
Das Hollandweibchen.
 Voranzeige!
 Sonnabend, 23. Dezbr.
 7 1/2 Uhr
 zum ersten Male:
Frasquite
 Operette in 3 Akten
 von Lehár.

Stadttheater Lübeck
 Dienstag 7.30, Ab. C.
Der fidele Bauer.
 Mittwoch, 8 Uhr: Prin-
 zessin Aufschwung.
 7.30, Ab. C.: Die Groß-
 stadlnist.
 Donnerstag 7.30, Ab. C.
**Die ungeringsten
 Frauen.**
 Freitag 7.30, Ab. D.:
Fidelio. (10881)
 Nachzahlung d. 2. Rate
 für das Abonnement
 nachm. von 3-6 Uhr a.
 der Theaterkasse. Gut
 seine passend als Weih-
 nachtsgeschenk zu 1/4 des
 jeweiligen Tagespreises
 a. d. Kasse und in be-
 sonderer Konzil.

**Deutscher
 Metallarbeiter-
 Verband** 10897
 Verwaltungstelle Lübeck
 Wir erfinden die aus-
 gekleideten und invaliden
 Mitglieder, welche auf
 Erwerb angewiesen sind
 und Anspruch auf die in
 der Versammlung be-
 schlossene Weihnachts-
 unterstützung haben, sich
 am Donnerstag, d. 21.
 d. M., von 9-12 1/2 Uhr
 im Bureau zu melden.
 Die Ortsverwaltung.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 19. Dezember.

Gemeinnütziges Bestattungswesen in Lübeck.

Wie wiederholt berichtet, wurde von freigewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen eine Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck gegründet.

Am Montag folgten wir der Einladung, die Einrichtungen des sozialen Hilfswertes zu besichtigen.

Das es sich hier um ein gemeinnütziges Institut vorzugsweise handelt, dafür bürgen die Gründer dieser Gesellschaft: Genossenschaftsbücherei, Konsumverein für Lübeck und Umge., Gemeinnütziges Arbeitengenossenschaft, Gemeinnütziges Siedlungsgenossenschaft, Ortsansatz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Notgemeinschaft für Bestattungen zu Lübeck e. V.

Wir wünschen allerdings, daß unsere Mitglieder und Schwäger nicht sehr oft den schweren Gang zur Todesanmeldung begeben müßten. Aber da das Sterben etwas ebenso Alltägliches ist, wie das Geborenwerden, so bleibt nichts anderes übrig, als sich im Trauerfall der Gem. Bestattungsgesellschaft zu erinnern und vorher Mitglied der Notgemeinschaft für Bestattungen in Lübeck zu werden.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß die Särge in der Gemeinnützigem Arbeitengenossenschaft hergestellt werden, die die größte Sorgfalt darauf verwendet.

Klante in Lübeck.

In Berlin spielt sich gegenwärtig ein Schwindlerprozeß größter Stils ab. Ein gewisser Klante hatte ein Wertbureau eingerichtet, das in kurzer Zeit großartig florierete.

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung des Zeugen Dr. Reichenbach richtete Klante an diesen die Frage, ob ihm bekannt sei, daß der Lübecker Vertreter fast den gesamten dortigen Adel zu seinen Kunden zählte.

Da schau her! Unseres Wissens sind die Hanseaten von Geburt nicht blaublütig, aber gewiß von größter Ehrerbietung für den Adel.

Sterbliche Zustände in den Lübecker Gärtnerzweigen.

Zu den wenigen Arbeitgebergruppen, an denen die neue Zeit passlos vorüber gegangen ist, gehören hier in Lübeck die gärtnerischen Arbeitgeber.

passenden Gelegenheit, daß sie noch vollständig den zu Unrecht während der üblichen Herrenhandlung zurücksetzten. Demnach braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht mehr in die heutige Zeit passen.

Das Wahlergebnis zur Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes ist folgendes: 1234 für die Liste 2 (S.P.D.) und 968 für Rosa (Komun.).

Lübeck's Besichtigungen zur Hamburger Universität. Am Sonnabend begann im Rahmen der von der Oberschulbehörde etablierten Fortbildungskurse eine Vorlesungsserie für Juristen mit einer dreistündigen Vorlesung von Professor Dr. Reichel über Vertragsrecht und Vertragsgebarung der Gegenwart.

Eine erzielte Spende ging der Deutschen Notgemeinschaft Lübeck aus Kopal zu. Mit einem Gruß aus Kopal's Schulen und Häusern wurden ihr 25 Dollar, welche umgerechnet 180.000 Mk. ergaben, überhandt mit der Bestimmung, sie für notleidende Literaten, Ärzte, Lehrer, Künstler usw. zu verwenden.

Die Bücher und Silber der Weihnachtsverlosung des Zentralbildungsausschusses sind angekommen und können in Empfang genommen werden.

Lübecker Bürgerschaft.

Der Vorsitzende Ehlers widmet dem verstorbenen Bürgergenossenmitglied Aug. Pape einen warmen Nachruf. In Stelle des Verstorbenen tritt Herr Georg Grabner. Ihre Mandatsniederlegung zeigt Frau Marie Zimmermann (S.P.) an.

Achtung, Hoch- und Tiefbauern! Der am 4. Dezember gefällte Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes sah vor, daß eine neue Lohnfestlegung vom 16. Dezember an stattfinden würde, wenn die Hamburger Feuerungszahl um 25% gestiegen sei.

Im Hansa-Theater wurde „Das Hollandweibchen“ unter Herrn Kapellmeister Schmid in einer klüßigen und ansprechenden Aufführung herausgebracht.

pb. Ein Warenlager wurde bei einem wegen Diebstahls festgenommenen Arbeiter entdeckt. U. a. wurden eine Aktentasche, ein Schal, ein Oberhemd, Taschentücher, Handschuhe, ein Portemonnaie, eine Glashütten-Unterhose, eine Uhrkette, eine Halskette, Doublebrocken usw. vorgefunden.

pb. Diebstähle. Festgenommen wurde ein Schloßer und ein Tischlerlehrling, die einem in der Mühlenstraße wohnhaften Möbelhändler Kleinnmöbel gestohlen hatten.

k. Schlup. In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins wurde lebhaft Klage geführt über die zu hohen Holzkpreise.

Sinnvolle auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, tätige Genossen! 11. Distrikt: Donnerstag, den 21. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft im Lokale „Luisenlust“.

Achtung, Treuhänder Gewerkschaftshaus! Zur Leistung einer Unterschrift müssen sämtliche Treuhänder bis Donnerstagabend auf dem Gewerkschaftssekretariat vorgeprochen haben.

Stadttheater. Mittwoch: „Die Großstadtluft“, Lustspiel von Blumenhah und Radelburg.

Hansa-Theater. Heute, Dienstag, zum 10. Male „Familie, Kaffe“. Mittwoch und Donnerstag „Das Hollandweibchen“.

Angrenzende Gebiete.

Bremen. Hanseatische Jungkorps. Die monarchistische Soldatenpielerlei wird überall in Deutschland betrieben.

nur aus den oben erwähnten Gründen stimme keine Fraktion der Vorlage zu. Der Redner beantragt, die Wirkung des Gesetzes vom 1. Januar 1923 ab und nicht rückläufig vom 1. Oktober 1922 ab eintreten zu lassen.

Lübecker Bürgerschaft.

5. Lübeck, 18. Dezember.

Der Vorsitzende Ehlers widmet dem verstorbenen Bürgergenossenmitglied Aug. Pape einen warmen Nachruf. In Stelle des Verstorbenen tritt Herr Georg Grabner. Ihre Mandatsniederlegung zeigt Frau Marie Zimmermann (S.P.) an.

Lübecker Bürgerschaft.

1. Antrag: Bewilligung weiterer Mittel für Wohnungsbauten und Erhöhung der Wohnungsabgabe.

Der Senat gibt bekannt, daß dem Erlauchen der Bürgerschaft, den länger als drei Wochen Erwerbslosen eine Sonderunterstützung zu geben, insoweit fällig gegeben werde, als für die letzten Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, beim Wohlfahrtsamt Mittel bereitgestellt seien.

Haut (Soz.) betont, daß die Erklärung der Kommunisten an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lasse und nur den bürgerlichen Parteien Wasser auf die Mühle treibe. Würden die bürgerlichen Parteien nicht auf einen derartigen Zweifelpakt rechnen, hätten sie niemals das Experiment gewagt, die Bürgerlichkeit zu einem Kampffluchtpunkt zu erniedrigen. Auf die Uneinigkeit der Arbeitervertreter haben sie spekuliert. Es ist bedauerlich, daß nicht einmal eine einzige Sitzung vergehen kann, ohne daß die Kommunisten Seitenprünge machen. Daß wir die kommunistischen Bedingungen annehmen, glaubt Herr Koh doch selbst nicht. Stellen die Kommunisten Bedingungen, dann müssen diese auch so beschaffen sein, daß wir sie erfüllen können. J. B. ist es von Eibek aus gar nicht möglich, die Vermögen zu erfassen. Das wissen auch die Kommunisten, die angeblich allein ein warmes Herz für die Widerbemittelten haben. Uebri-ns haben wir hier schon mehrmals verläßt, die großen Vermögen, die Millionen Ertrag bringen, zu erfassen: bei der Gewerbesteuer. Aber dabei haben die kommunistischen Vertreter, die sonst den Mund so voll nehmen, jämmerlich versagt und uns im Stich gelassen, da sind nicht wir mit den Bürgerlichen gegangen, sondern die Kommunisten haben mit ihnen gegen uns gestimmt. Hätten wir die Unzulänglichkeit der Kommunisten in diesem Umfang gekannt, würden wir den Prozentfuß gleich auf sieben festgesetzt haben. (Als der Redner auf die Zukunftsansichten zu sprechen kommt, mischen sich die Kommunisten und deren Freunde auch auf den Tribünen drein, so daß der Redner auf die Folgen aufmerksam machte.) Haut betont, daß wir nicht sozial Zukunftsansichten zur Verfügung hätten, daß bei deren Erfüllung das Wohnungswesen neuwertig befestigt werden könnte. Die Kommunisten möchten sich nur bemühen und die Zahl der erfassten Wohnungen feststellen. Schließlich sollten sie für eine Verbesserung der Gekochten eintreten. Aber darauf komme es ihnen nicht an, sondern die Not vermehren, um dem kommunistischen Stroh zu können. Die Dichtung mit dem Appell an das Volk schreie die Sozialdemokratie nicht. Die Kommunisten hätten bei derartigen Versuchen im Reich nichts abgeknippt und würden sich auch hier neben den Bürgerlichen unerschrocken machen. Die Sozialdemokratie übernehme die volle Verantwortung für ihr Handeln. Den kommunistischen Raddel-mittel in bezug auf die Sozialdemokratie ab. — Wolffradt (Soz.) polemisiert gegen Koh. Durch Ablehnung des Senatsbeschlusses werde die Wohnungsnot verzögert und die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter und verarmter Bevölkerung gefördert. Wenn die 300 Millionen Werte vernichtet werden, die in den Bauten hineingesteckt sind, tragen die Kommunisten die Verantwortung. — Koh (Komm.) behauptet ausis neue, die Sozialdemokratie betriebe die Arbeit des Bürgertums und des Kapitalismus und habe keinerlei Rücksicht auf die Arbeiterklasse genommen. Die Bedingungen der Kommunisten seien leicht zu erfüllen. Dr. Leber habe für Klassenpolitik nicht das geringste Verständnis. Die Kommunisten lehnten die Gewerbesteuer ab, weil es sich um eine indirekte Steuer handle. Die Sozialdemokratie treibe nur praktische Politik für den Ausbeuterstaat. Dem großen Hauptteil habe die Sozialdemokratie selbst mit geschwiegen. — Dregger (Soz.) polemisiert ebenfalls Koh gegen die Politik der kommunistischen Fraktion, unter der sich Leute befinden, die zur rechten Zeit den richtigen Anstoß vertragen hätten. In dem wieder mangelte die Fähigkeit, das falsche ihrer Position zu erkennen. Sie handelten wie besetzte Statisten eines Zirkuses. Zur Vorlage selbst fordert der Redner die vollständige Fertigstellung der begonnenen Bauten, um nicht durch Witterungseinflüsse und sonstige notwendige Maßnahmen weiteren Schaden entstehen zu lassen. Die Kommunisten hätten die Verantwortlichkeit der Arbeiter verneint. Auf Grund der Vergangenheit der Kommunisten könne es auch kein dauerndes Zusammenarbeiten mit ihnen geben. Die Vorarbeiten in Generalitäten und Ludwigshafen seien ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und Kommunisten ja die kommunistische Politik zur Genüge. Dies erbeite nur der Reaktion in die Hände. — Haut (Soz.) verweist darauf, daß die von den kommunistischen Kommunisten an die sozialdemokratische Fraktion gestellten Bedingungen zur Zusammenarbeit dieselben seien, wie sie anderwärts im Reich gestellt wurden. Es sei das bekannte Faktum, was die Kommunisten heute anderswo hätten, sei nur Junier für die technische Generalangelegenheiten und geeignet, die Tätigkeit der Bürgerlichkeit herabzusetzen. (Zuruf: Sehr richtig!) Es sei ein bedauerliches Schauspiel für die Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie habe den ehrlichen Willen gehabt, den Bürgerlichen zu zeigen, daß es auch ohne sie geht. Da hätten die Kommunisten sieben gerade kein lassen können. Es ist nicht notwendig, daß die unüberbrückbaren Gegensätze gerade

hier ausgefochten werden müssen. Zur Sache selbst ist zu sagen, daß wir auch durch die Beschlagnahme von Zukunftsansichten die begonnenen Bauten nicht fertigstellen können. Wir haben bei Bewilligung der Bauten A gelangt und müssen jetzt auch B sagen. — Koh (Komm.) gibt zu, daß die Dinge zu ernst sind, als daß sie heute zum Austrag gebracht werden könnten. Dregger ist mehrmals von ihm als notorischer Lügner bezeichnet worden. (Der Redner weist diesen Ausdruck zurück.) Die Vorgänge in Ludwigshafen und Verufenen würden zugunsten der kommunistischen Auffassung sprechen. Wenn die kommunistischen Bedingungen nicht von den Lübecker Genossen aufgestellt seien, so deshalb, weil die Kommunisten als Partei sich grundsätzlich auseinandersetzen mit der Sozialdemokratie. — Persönlich bemerkt Dregger (Soz.), daß Koh nicht der Mann sei, der ihn beleidigen könne. — Heilborn (Komm.) erklärt, 1914 der Sozialdemokratischen Partei beigetreten zu sein. — Die Senatsvorlage wird mit der Abänderung Wolffradts mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Kommunisten stimmen dagegen.

2. Antrag: Erhöhung der Gewerbesteuer. — Heilborn (Komm.) lehnt die Vorlage ab und erklärt, es sei unrichtig, daß die Kommunisten die Vorlage verächtlich hätten. Die Kommunisten seien für Erhöhung der Sachwerte. Die Arbeiterklasse habe die Macht dazu, wenn sie nur wolle. Allerdings gehörten dazu außerparlamentarische Maßnahmen. Doch weder diese noch einschlägige parlamentarische Mittel hätte die Sozialdemokratie angewandt. Der Vertreter Lübecks im Reichstag, Dr. Neumann, habe ein gutes deklamatorisches Herz und wolle sicher von der Erhöhung der Sachwerte ebensomutig wissen wie der Lübecker Genosse Dr. Meyer-Lübeck. Die sozialdemokratische Fraktion werde auch den reaktionären Senat so lange auf dem Seil sitzen lassen, bis er von den Kommunisten hinausgeworfen werde. Der jetzige Senat müßte zurücktreten. — Dr. Leber (Soz.) bedauert, daß selbst jetzt nicht, wo sich das Bürgertum gegen die Arbeiterklasse zusammenschließen habe, diese nicht einmal für wenige Stunden einzeln und praktische Politik treiben könne. Heilborn habe Märchen aus dem Hauskassenausschuß erzählt, obwohl er gar nicht dort war und wo es darauf ankomme, den Grobverdienern Lübecks die notwendige Steuer aufzuerlegen. Durch diese Maßnahmen war es unmöglich, den sozialdemokratischen Standpunkt durchzubringen und wir waren zu einem Kompromiß gezwungen. So gingen dem Staat Millionen verloren, die nicht proletarisch beschaffen hätten, sondern Schwerverdiener vom Schlage Bohms. Vielleicht überreichen diese den Kommunisten eine Gratifikation, daß sie ihnen die Summen ersparen lassen. Sonderbar ist, daß Herr Heilborn mit jedes Klasseninteresse abpricht, auf der andern Seite werde ich als Vertreter reiner Klasseninteressen verächtlich. In der Vorlage selbst sind grundsätzliche Einkommenszuwächse zu machen. Es handelt sich hier nicht um eine indirekte Steuer. Ob J. B. das Hofdenkmal einen Steuerzettel bekommt über Gewerbe, Vermögens- oder Einkommensteuer bleibt sich im Ergebnis gleich. Das gleiche ist bei den Gewerbetreibenden der Fall. Die Kommunisten wollen die Gewerbesteuer nicht bewilligen, weil sie es von Mosten aus nicht dürfen. (In Ruhland wird eine recht lästige Gewerbesteuer erhoben. D. B.) Hätten die Mostener hier zu sagen, würden sie vernünftiger handeln. Der Vorwurf, wir hätten in der Gewerbesteuer verlagert, ist hinfällig. Unter der anparlamentarischen Aktion der Kommunisten leiden wir heute noch. Ein Mißtrauensantrag wurde nicht eingebracht, weil wir nicht wollten, daß in der heikelsten Zeit dem Bürgertum wieder die Gewalt übergeben wurde. Der Redner legt dann den Verlauf der Senatsberatung über die Gewerbesteuer auseinander und betont, daß die Vorschläge dem Staat keine nennenswerten Steuereinkommen brächten. Die Steuer werde vom Kompromiß 1921 erhoben, aber mit dem auf ein Zwanzigstel zuwachsen. Das sei ein großer Gewinn. Eine Erhöhung der Prozentzahl müße nichts. Bei einem Satz von 36 Prozent würden im jetzigen Geldwert nur 2 Prozent vom dem bezahlt, was gezahlt werden müße. Da finde der Demokrat keine noch den zureichenden Mut, sich über zu hohe Laster zu beschweren. Die neuen Maßnahmen der Handels- und Gewerbesteuern, um der bürgerlichen Parteien einen Hebel zu geben, um die Bevölkerung aus der Lüge zu befreien. Das gleiche gelte vom Generalantrag. (Zuruf: Der Gehalt aus Prinzip!) Der betreffende Artikel des Generalantrages bilde die Spitze dessen, was sich bürgerliche Zeitungsleute zu Schwindel und Entstellung lassen könne. (Zuruf: Dreißigender!) Die ganze Politik der progressiven Gewerbesteuererhöhung läge in ein leeres Fass. Dadurch könne man Handel und Industrie nur Gelegenheit, ein großes Gebot über zu hohe Steuern zu erheben. Auch der

Handwerkerbund klage. Wenn die Arbeiter, die zwanzigmal so viel Steuern bezahlen wie die Handwerker, auch so viele Steuern machen würden, hätte die Bürgerlichkeit nichts anderes zu tun, als Eingehen zu lassen. Die Einbeziehung der Landwirtschaft und der freien Berufe in die Gewerbesteuer unterliege der Prüfung. Konsumvereine würden nicht in Betracht kommen, weil sie nur Warenverteilung betreiben ohne Gewinnverteilung. Wir sind mit dieser ganzen Steuerpolitik nicht einverstanden und fordern die Bezahlung nach dem Geldwert zur Zeit des Gewinnes. Deshalb ist eine gründliche Reformierung notwendig. Mein Fraktion lehnt die Vorlage ab und beantragt Überweisung an den Haushaltsausschuß, damit eine Steuer herauskomme, die unserer Finanzlage gerecht werde. — Senator Dr. Kallbrenner erachtet um Annahme der Vorlage, damit der Staat Geld erhalten. — Senator Dr. Vermehren: Die Finanzbehörde muß bald wissen, in welcher Höhe die Steuer erhoben werden soll. Eine neue Vorlage sei in Vorbereitung, die könne dann im Haushaltsausschuß beraten werden. Die Vorlage Dr. Lebers hätte manches für sich, die Art der Erhebung aber stöße auf Bedenken. — Dr. Leber (Soz.): Der Senat hätte sich längst über unsere Pläne unterrichten können. Die Zustimmung zur Senatsvorlage bringe 18 Millionen, die spielten gar keine Rolle im Budget. Die Steuer für 1921 müße schon im Februar und März eingehen um sich nach der Geldbewertung richten. Der Senat wolle ein zweimalige Erhöhung der Gewerbesteuer für 1921. Die Kritik des Herrn Boie und des Generalantrages verfechten die Bevölkerung schlimmer als die Kommunisten. — Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Ohne oder mit unwesentlicher Debatte werden die folgenden Anträge angenommen: Baufache Veränderung in den Polizeidienstverordnungen in Travemünde. Minderung des Gebührensatzes des Katasteramtes. Erhebung einer Abgabe für das Fischen von Heringsen in Travemünde. Erhöhung der Schankgewerbesteuer. Schaffung einer Arbeitsbehörde. Beschaffung eines Induktors für den Röntgenapparat der chirurgischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses. Erhebung einer Gebühr für Ein- und Auslieferung von Schiffen. Nachbemessung von Mitteln für baufache Veränderungen im Schulhaus zu Beldersdorf. Nachbemessung für die katholische Gemeindegemeinschaft für das Rechnungsjahr 1921. Bewilligung weiterer Mittel für die Herrichtung des Spielplatzes neben der alten Kaserne. Gewährung einer Altersunterstützung an den Hausmeister des St. Anthoni-Museums Indem: Dringlichkeitsantrag betr. Rechtserklärung von 2 Millionen Mark von der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte an den Gemeinnützigen Bauverein.

Der Marktführer wünscht der Bürgerlichkeit gute Weihnachten und Neujahrsfesttage.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus aller Welt.

Ein französisches Hospitalsschiff in Flammen. Das französische Hospitalstransportschiff „Mink-Long“ geriet auf der Fahrt von Loulouie nach Konstantinopel vor San Stefano in Brand und wurde vollständig zerstört. Die Besatzung des Schiffes nahezu 300 Personen, und eine Kompanie Senegalesen, die an Bord waren, konnten zum größten Teil gerettet werden, doch wurden 25 Personen vermisst. Zwei Frauen französischer Offiziere mit ihren Kindern, die beim Ausbruch des Brandes in ihre Kabinen waren, sind erstickt. Das Feuer ist nach dem amtlichen Bericht durch Kurzschluss entstanden.

Mysteriöser Banknotendiebstahl in Wien. In der Oesterreichisch-Ungarischen Bank wurde ein Raub von 130 Banknoten von je 100 000 Oesterreichischen Kronen verübt. Die 13 Millionen wurden bei der Verpackung der Noten in einem Saal beiseite geschafft, in dem über 100 Angestellte arbeiteten.

Weibliche Geschworene. Bei der dieser Tage in Frankfurt a. M. erfolgten Aufrichtung der Urteile der Geschworenen wurden zum ersten Male eine Anzahl Frauen in die Liste aufgenommen, so daß bei den Schurgerichtsverhandlungen im nächsten Jahre auch Frauen als Geschworene mitwirken werden.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber für Preiskontrollen und Feuilleton Hermann Bauer für Interaktive Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

SUNLICHT
ist das schönste Weihnachtsgeschenk

Amlicher Teil.

Bekanntmachung.
Der Senat hat beschlossen, dem Gewerbesteuerlehrer August Wilhelm Louis Welpshal am sein Entschluß zum 31. Dezember 1922 in den Ruhestand zu versetzen.
11900

Das Gesetz- und Verordnungsblatt
der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 75 vom 19. Dezember 1922 enthält:
119575
Nachtrag zu den Vorschriften vom 13. Dezember 1916, betreffend die bauliche Gestaltung von Straßen in der inneren Stadt Lübeck und deren Verbindungen. — Gesetz, betreffend die Erhebung eines Beitrages zu den Kosten des Personalverkehrs. — Gesetz, betreffend die Erhebung eines Beitrages zu den Kosten der Straßenreinigung.

Durchgangsverkehr über den Marktplatz
Der Durchgangsverkehr während des Weihnachtsgeschäftes außer den Befreiungen vom Verkehr wird betreten werden.
Lübeck, den 19. Dezember 1922.
Das Polizeiamt. 119577

Handelsregister. 119588
Am 18. Dezember 1922 ist eingetragen bei der Firma **Handelsregister** Lübeck, Straßengasse

Handelsregister.
Am 15. Dezember 1922 ist eingetragen I. die Firma **Handelsregister** Lübeck, wegen eines beschränkten Haftung. Gegenstand des Unternehmens: Einkauf und Verkauf von Waren jeder Art in erster Linie die Beförderung nach dem Lande, die Vermittlung gewonnener Handelsgeschäfte und die Vermittlung von Handelsgeschäften gleicher oder ähnlicher Art. Stammkapital: 50 000 Mk. Geschäftsführer: **Handelsregister**

Handelsregister.
Am 17. November 1922 ist beschlossen, das Grundkapital um den Betrag von 40 000 000 Mk. durch Ausgabe von 20 000 auf den Jahrestag lautenden Stammaktien über je 1000 Mk. und 2000 auf den Jahrestag lautenden Stammaktien über je 10 000 Mk. zu erhöhen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr 70 000 000 Mk., eingeteilt in 40 000 auf den Jahrestag lautende Stammaktien zu je 1000 Mk., 2000 auf den Jahrestag lautende Stammaktien zu je 10 000 Mk. und 1000 auf den Jahrestag lautende Vorzugsaktien zu je 10 000 Mk. 20 000 auf den Jahrestag lautende Stammaktien über je 1000 Mk. werden zum Kurse von 350 %, 2000 auf den Jahrestag lautende Stammaktien über je 10 000 Mk. werden zum Kurse von 1000 % ausgegeben. Entsprechend der Erhöhung des Grundkapitals ist der § 5 des Gesellschaftsvertrages geändert. Entsprechend der Erhöhung des Grundkapitals ist der § 19 des Gesellschaftsvertrages (Gewinn und Verlustverteilung des Aufsichtsrates) und § 21 Abs. 2 (Ausstellung von Dividenden) geändert.
Das Amtsgericht, Abt. II.

Handelsregister.
Am 15. Dezember 1922 ist eingetragen I. die Firma **Handelsregister** Lübeck, wegen eines beschränkten Haftung. Gegenstand des Unternehmens: Einkauf und Verkauf von Waren jeder Art in erster Linie die Beförderung nach dem Lande, die Vermittlung gewonnener Handelsgeschäfte und die Vermittlung von Handelsgeschäften gleicher oder ähnlicher Art. Stammkapital: 50 000 Mk. Geschäftsführer: **Handelsregister**

Das und Straße, Hans, Kaufleute in Lübeck, Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Dezember 1922 errichtet und am 16. Dezember 1922 abgeändert. Die Gesellschaft wird durch jeden der Geschäftsführer vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger; 2. bei der Firma **Handelsregister** in Lübeck, Lübeck: Die weitere Erhöhung des Grundkapitals gemäß dem Beschluß der Generalversammlung vom 22. Dezember 1921 zum Betrage von 15 000 000, — Mk. ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr 60 000 000, — Mk., emittiert in 6400 Inhaberschaften zu je 100 Talern = 300 Mk. und 2400 Inhaberschaften zu je 1200 Mk. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 350 % ausgegeben. Entsprechend der Erhöhung des Grundkapitals ist durch Beschluß des Aufsichtsrates vom 15. Dezember 1922 mit Einverständnis des Vorstandes der § 3 des Gesellschaftsvertrages abgeändert; 2. bei der Firma **Handelsregister** in Lübeck, Lübeck: Die Generalversammlung vom 15. Dezember 1922 hat beschlossen, das Grundkapital um 10 000 000 Mk. durch Ausgabe von 10 000 Inhaberschaften zu je 1000 Mk. zu erhöhen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr 16 000 000 Mark, eingeteilt in 16 000 Inhaberschaften zu je 1000 Mk. Die neuen Aktien werden zum Kurse von 150 % ausgegeben. Entsprechend der Erhöhung des Grundkapitals ist der § 4 des Gesellschaftsvertrages und weiter sind die §§ 3 Abs. 1 und 20 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages geändert. Dem Rat **Handelsregister** Lübeck ist die Genehmigung erteilt, daß er in Gemeinschaft mit einem Prokuristen oder falls der Vorstand aus mehreren Mitgliedern besteht, mit einem Vorstandsmitglied oder mit einem sonstigen Bevollmächtigten der Gesellschaft zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt ist.
Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Nichtamtlicher Teil.

Felle
sau ft höchst-zahlend
Isaac Frankenthal
Beckergrube 53. Tel. 8641.
10884
Haare

Pelze
werden modern und schnell aufgearbeitet. (108) D. Wagner, Poststr. 1.

Salomba
Millionenfach erprobt
Wäscht sparsam, bequem und schnell
Schumann & Wille, Wittenbergs.